

Flugblattaktion schlägt hohe Wellen

Gruppe „Besorgte Bürger“ fordert eine alternative Finanzierung der Kläranlage Roßbach

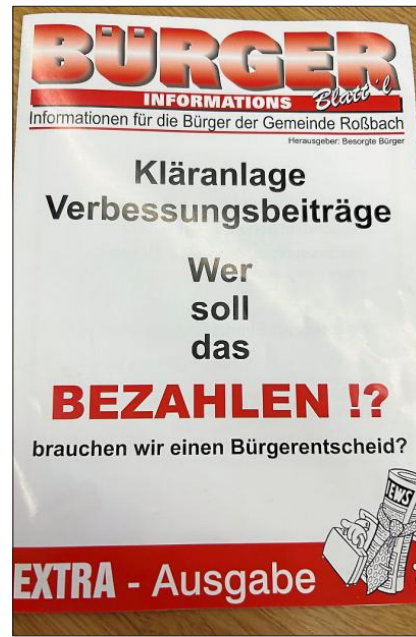
Von Angelika Gabor

Roßbach. Eigentlich war die Finanzierung der neugebauten Kläranlage bereits in trockenen Tüchern. Mit großer Mehrheit hatte der Gemeinderat entschieden, dass Grundstückseigentümer die Summe von 5,6 Millionen Euro, die nach Abzug der Fördermittel auf dem kommunalen Haushalt lasten, über einen einmaligen Verbesserungsbeitrag begleichen. Doch nun hat sich eine Gruppe, die sich „Besorgte Bürger“ nennt, mit einem Flugblatt zu Wort gemeldet und fordert eine Mischfinanzierung über Abschlagszahlungen und Abwassergebühren.

Seit einigen Tagen ist das Flugblatt, das mit „Bürger Informations-Blatt“ überschrieben ist, im Umlauf. Herausgeber ist die Gruppe „Besorgte Bürger“, Unterzeichner Erwin Huber. „Wer soll das bezahlen?“ steht in großen Lettern auf der Frontseite, auf der Rückseite wird auf eine Infoveranstaltung zum Thema Kläranlagenfinanzierung verwiesen. Die Seiten zwei und drei befassen sich mit der Umlegung der Kosten für die Kläranlage. Dem Finanzierungsbeispiel der Gemeindeverwaltung steht eine Beispielrechnung aus der Feder der „Besorgten Bürger“ gegenüber. Hier basiert die Umlegung der Kosten auf jährlichen Abschlägen im Zeitraum von sechs Jahren von einem Euro je Quadratmeter Geschossfläche und einer Anhebung der Abwassergebühren um 2,50 Euro je Kubikmeter Abwasser.

Das sagt der Unterzeichner

Auf Nachfrage der Redaktion bei Erwin Huber, dem Unterzeichner, gibt dieser an, dass er und seine Mitstreiter diese Variante als „gerechtere Lösung“ ansehen, da auch Mieter via Abwasserabgaben an der Finanzierung der Kläranlage mitwirken, aber Eigentümer von unbebauten Grundstücken und Leerständen unberücksichtigt bleiben. Laut der aufgeführten Beispielrechnung würde ein fiktiver Drei-Personen-Haushalt (Geschossfläche 350 Quadratmeter und 40 Kubikmeter Abwasser) jährlich 650 Euro bezahlen – nach sechs Jahren somit 3900 Euro und damit 335 Euro weniger als bei der Einmalforderung, die bei gleicher Geschosshöhe von der Gemeindeverwaltung Roßbach gefordert wird. Dass bei im Beispiel der



Das Flugblatt hat hohe Wellen geschlagen und wurde wegen Verstöße gegen das Presserecht mittlerweile beschlagnahmt. Das Rechenbeispiel der „Besorgten Bürger“ nennt die Rechtsaufsicht „laienhaft“.

Fotos: Angelika Gabor

„Besorgten Bürger“ noch keine Zinsen berücksichtigt sind, gibt Huber zu. Aber auch wenn Zinsen im Zeitraum von sechs Jahren anfallen, sei die Rechnung der „Besorgten Bürger“ günstiger als die Gemeindevariante, beharrt der Unterzeichner.

„Als sehr laienhaft und nicht auf realen Zahlen basierend“, bezeichnet Ludwig Zeiler, Leiter der Kommunalen Rechtsaufsicht, auf Nachfrage der Redaktion die Kalkulation der Gruppierung. Grundsätzlich hätten Bürger natürlich das Recht, Gemeinderatsentscheidungen zu hinterfragen und ja, es gebe die Möglichkeit einer Mischfinanzierung (Verbesserungsbeitrag und Erhöhung der Abwassergebühren) oder einer einhundertprozentigen Finanzierung über Gebühren. Beides führe jedoch zu einer Zinslast für die Gemeinde, die letztlich bei der Refinanzierung eingepreist werden muss.

Viele Ein- und Zweipersonenhaushalte

Durchgerechnet hat den „Sechsjährigen-Finanzierungsvorschlag“ auch Gemeindegamster Fritz Stümpfl, allerdings mit den rund vier Prozent Zinsen, die fällig werden würden – unter Berücksichtigung der jährlichen Darlehenstilgungen. Der Beispielhaushalt würde demnach nach sechs Jahren unter dem Strich 4826,10 Euro an die Gemeinde entrichten, also deutlich

| Verwaltung Gemeinde Roßbach | | Bürgerinnen und Bürger wünschen sich! | |
|---|------------------------|--|--------------|
| Kosten Kläranlage | 5,6 Mio € | Offenlegung aller Zahlen und Fakten | |
| Geschossfläche ca. | 462.000 m ² | Zahlung der Kosten in Raten, Aufteilung der Kosten auf 6 Jahre | |
| Verbesserungsbeitrag | 12,10 €/m ² | Umlegung und Anpassung der Abwassergebühren* | |
| | | *dadurch Verteilung der Kosten auf mehrere Schultern | |
| Forderung: Einmalzahlung | | Beispielsrechnung: | |
| Durchschnittshaushalt: | | jährlicher Abschlag 1,00 €/m ² | = 350,00 € |
| 350 m ² x 12,10 €/m ² = 4.235,00 € | | Anpassung Abwassergebühren um 2,50 €/m ² (bei 3 Personen-Haushalt à 40 m ² = 120 m ² x 2,50 €/m ²) | = 300,00 € |
| | | jährliche Kosten | = 650,00 € |
| | | Laufzeit 6 Jahre | = 3.900,00 € |
| | | Ersparnis = 335,00 € | |



Gemeindegamster Fritz Stümpfl hat die Beispielrechnung unter die Lupe genommen und kommt auf einen ganz anderen Betrag.

mehr, als die Rechnung der „Besorgten Bürger“ ergab. „Doch auch dieser Betrag wird bei weitem nicht ausreichen, um den Betrag von 5,6 Millionen Euro zu decken. Da es auch viele Ein- und Zwei-Personen-Haushalte gibt, die nicht – wie im Flugblatt angenommen – 120 Kubikmeter Abwasser einleiten und somit nicht den errechneten Finanzierungsbeitrag leisten. Also muss der Gebührenaufschlag insgesamt wesentlich höher ausfallen. Eine überschlägige Kalkulation, die auch Haushalte mit kleineren Einleitungsmengen berücksichtigt, ergibt

einen Gebührenaufschlag zwischen 4,50 Euro und fünf Euro pro Kubikmeter Abwasser. Fakt ist, wir haben die Zahl von 5,6 Millionen Euro im Raum stehen, die umgelegt werden müssen. Je länger es natürlich dauert, diese Summe abzubezahlen, desto höher wird die Belastung für die Bürger“, fasst Stümpfl die Sachlage zusammen.

Das war auch der Grund, warum sich eine große Mehrheit des Gemeinderats für eine Einmalzahlung durch den Verbesserungsbeitrag von 12,10 Euro pro Quadratmeter Geschossfläche entschieden hatte. Der Beschluss fiel, nachdem im Gremium die verschiedenen Finanzierungsvorschläge des „Zweckverbands Zentrale Buchungs- und Realsteuerstelle Rottal-Inn“ vorlagen. Die Fachleute hatten dabei mehrere Berechnungsbeispiele zu Mischfinanzierungen über Gebühren und Verbesserungsbeitrag und die Begleichung über 100 Prozent Verbesserungsbeiträge vorgelegt. Dabei wurde deutlich, dass die Einmalzahlung über Verbesserungsbeitrag die kostengünstigste Variante ist. Beitragsschuldner sind dabei alle Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigten.

Im Vorfeld hatte die Gemeinde die genaue Geschossflächenanzahl mit 462749 Quadratmeter über ein Fachbüro ermitteln lassen. Unterm Strich heißt das, dass für ein Einfamilienhaus, mit einer durchschnittlichen Geschossfläche von 350 Qua-

dratmeter, 4235 Euro an Verbesserungsbeitrag bezahlt werden müssten. Zudem werden auch Grundstückseigentümer herangezogen, deren Flächen nicht bebaut sind – sogenannte Baulücken. Diese müssen nämlich ein Viertel der Grundstücksfläche als fiktiv angenommene Geschossflächen bezahlen. Auch Eigentümer von Leerständen werden zur Finanzierung herangezogen. Nur gerecht findet das Verwaltungsleiter Karl Heinz Duschl, denn es erfolge eine Aufwertung des Grundstücks, da an die neue Einrichtung jederzeit angeschlossen werden kann.

Natürlich gebe es angenehmeres, als Bürger zur Kasse zu bitten, aber die Verwaltung habe versucht, die kostengünstigste Variante vorzuschlagen, zumal der Mieteranteil im Gemeindegebiet gerade mal bei rund 15 Prozent liegt, und Eigentum verpflichte nun mal. „Es muss jedem klar sein, dass die Summe, die mit 5,6 Millionen Euro derzeit auf dem Tisch liegt, steigen wird, je länger es dauert diese abzuzahlen. Und gerade mehrköpfige Familien würden durch exorbitant hohe Abwassergebühren langfristig stark belastet“, betont der Verwaltungsleiter. Und sollten Eigentümer nicht in der Lage sein, den Betrag in einer Zahlung zu entrichten, kann bei der Gemeinde, auf Antrag, eine Ratenzahlung erwirkt werden, die auf drei Raten, innerhalb 20 Monaten zu begleichen ist – das hat der Gemeinderat ganz aktuell beschlossen. Allerdings werden dann Zinsen fällig.

Polizeiliches Nachspiel für das Flugblatt

Ein polizeiliches Nachspiel hatte nun die Flugblattaktion der „Besorgten Bürger“. Wie die Kommunale Rechtsaufsicht sofort bemängelte, war darauf kein Impressum vermerkt. „Ein Verstoß gegen das Pressegesetz“, sagt dazu Ludwig Zeiler, was eine Ordnungswidrigkeit darstellt. Mittlerweile hat die Polizei die noch nicht verteilten Flugblätter beschlagnahmt. „Ein Anfängerfehler, aus dem wir lernen“, betont Unterzeichner Erwin Huber und beim Umdrucken würde das nicht mehr passieren. Mit zynischem Unterton fügt er dann noch an: „Ich gratuliere dem, der es geschafft hat, die Polizei zu schicken und die Flugblätter einzukassieren.“